

Weihnachtsbrief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Dezember 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Die Weihnachtsmärkte freuen sich bereits allgemeiner Beliebtheit. Die Besinnlichkeit steigt stetig. Nun fand die letzte diesjährige Sitzungswoche des Deutschen Bundestages statt.

Zuvor hatten in der letzten Woche die Delegierten des CDU-Bundesparteitages Annegret Kramp-Karrenbauer nach einem fairen Wahlkampf zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Der Parteitag hat mit Paul Ziemiak ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und meinen Kollegen im Auswärtigen Ausschuss zum neuen Generalsekretär bestimmt. Ich gratuliere beiden herzlich und werde mit ihnen bestmöglich zusammenarbeiten. Wichtig ist, den frischen Wind, der durch die Kandidaturen von Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn aufkam, weiterzutragen und für uns als Union insgesamt zu nutzen.

In diesem Herbst wurden viele konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht: Das Baukindergeld und die Anpassung des Mietrechts, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit, Bundespolizei und Bundeswehr bekommen mehr Geld. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger, indem die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Kassenbeiträge bezahlen; Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld, die kalte Progression bauen wir auch 2019 ab. Die Mütterrente wird erhöht für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Zudem sorgen wir für 13.000 neue Pflegestellen.

Auch in dieser Woche setzen wir die Politik konkreter Fortschritte mit dem Gute-Kita-Gesetz fort. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung. Unser Ziel ist es, dass das Geld vor allem in die Qualitätsverbesserung wie z.B. einen besseren Betreuungsschlüssel



fließt. Denn Kinder sollten nicht nur verwahrt werden, sondern Erzieher sollten wirklich Zeit für sie haben. Genau dies erwarten die Eltern.

Ich möchte in zwei weiteren Texten den Fokus auf die Außenpolitik legen. Zum einen wurde der Globale Migrationspakt angenommen, zum anderen brachte der G20 Gipfel vor zwei Wochen in Buenos Aires ansehnliche Ergebnisse hervor, wenngleich sie nicht das primäre Ziel eines solchen Gipfels sind. Vor allem die Gespräche selbst sind auf diesen Gipfeln das Ziel.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre sowie besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

G20 in Buenos Aires • Globaler Pakt für sichere, geordnete und legale Migration/Marrakesch • „Gute-Kita-Gesetz“ • Landesgruppenklausur • Studie zum Antisemitismus in Europa

G20 in Buenos Aires:

Nutzen trotz Verspätung

Trotz der Verspätung der Bundeskanzlerin bei der Ankunft in Buenos Aires zum G20-Treffen, hat sich nach meiner Einschätzung der lange Flug nach Argentinien für Deutschland und Europa gelohnt.

Dabei stand vor allem die Außenpolitik im Zentrum des multilateralen Geschehens am Rande des Gipfels. So erreichte die Bundeskanzlerin in einem Gespräch mit dem US-Präsidenten zumindest eine Verlängerung der Befristung der Aussetzung des INF-Vertrages zwischen Russland und den USA um zwei Monate. Dieser Vertrag verbietet die Herstellung und Stationierung nuklearer Mittelstreckensysteme und diente damals der Entschärfung des Kalten Krieges. Im bilateralen Gespräch mit dem russischen Präsidenten bekräftigte die Bundeskanzlerin die europäische Sicht auf die militärische Angriffshandlung Russlands bei der gewaltsamen Blockade der Straße von Kertsch im Asowschen Meer. Es ist eine gravierende Verletzung des Völker- und Seerechts. Die Bundeskanzlerin konnte dem Präsidenten im Gespräch zumindest abringen, eine außenpolitische Beraterrunde im NormandiefORMAT einzusetzen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Es fanden weitere wichtige Gespräche mit dem indischen Premier Modi und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zu internationalen Themen wie Handel statt, die aber erwartungsgemäß keine konkreten Ergebnisse hervorbrachten.

Zentraler Punkt des Abschlusskommuniqués des Gipfels aus deutscher Perspektive ist die Einigung auf die Notwendigkeit einer Reform der Welthandelsorganisation, wenngleich eine Einigung auf

konkrete Reformüberlegungen wesentlich schwieriger werden dürfte. Zudem einigte man sich auf einen besseren Datenaustausch, um internationalen Steuerbetrug wirksamer zu bekämpfen. Auch Frauenförderung, die Verbesserung der globalen Nahrungsmittelversorgung sowie die Unterstützung von Bürgern bei der Veränderung des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung waren zentrale Themenfelder, bei denen sich auf ein gemeinsamer Standpunkt geeinigt werden konnte. An der Betonung des Pariser Klimaabkommens beteiligten sich die USA erwartungsgemäß nicht.

G20 Gipfel sind stets teuer, aber die Gespräche, Verhandlungen und Verabredungen, die in diesem Rahmen stattfinden, sind für die internationale Ordnung von herausragender Bedeutung. Es ist wichtig, dass die Staats- und Regierungschefs zum multilateralen Austausch zusammenkommen können, um auch die Sichtweisen der anderen verstehen zu können. Staaten, die miteinander reden, führen keine Kriege gegeneinander. Diese Investition lohnt sich.

Globaler Pakt für eine sichere, legale und geordnete Migration:

Angenommen per Akklamation

Lassen Sie uns anlässlich der Versammlung der UN in Marrakesch erneut über Arbeitsmigration reden. Arbeitskräfte auf den Plantagen in Ghana, der Elfenbeinküste oder Liberia oder in der Ölindustrie in Nigeria stammen oftmals aus Staaten der Sahelzone, die diese wegen fehlender Perspektiven verlassen. In Singapur sind 30 Prozent aller Arbeitskräfte ausländische Arbeitsmigranten, in Dubai sogar 85 Prozent. Im Libanon gibt

es ungefähr eine Viertelmillion weibliche Hausangestellte aus dem Ausland, die sklavenähnlich beschäftigt sind. Auch in Südafrika, Kuwait, Saudi-Arabien, Hongkong und Kasachstan liegt der Anteil von Migrant*innen an der Gesamtbevölkerung höher als in Deutschland. In all diesen Zielländern sind die Rahmenbedingungen für Arbeitsmigration schlechter als in Deutschland. Auch Deutschland hat bekanntermaßen eine lange Tradition der Arbeitsmigration. Deshalb haben 40 Prozent der Beschäftigten in der Fleischverarbeitung einen ausländischen Pass, in der Lebensmittelherstellung sind es 37 Prozent, im Beton- und Stahlbau 34 Prozent. Arbeitsmigration hat Deutschland Wohlstand gebracht, ohne dabei Arbeitsmigrant*innen menschenunwürdig zu behandeln. In Deutschland braucht kein Arbeitsmigrant befürchten, keine Krankenversicherung, keine Entlohnung oder keinen rechtlichen Status zu bekommen. Für die Arbeitsmigrant*innen in Katar, in Nigeria oder dem Libanon dagegen bedeutet der Globale Migrationspakt reelle Chancen auf eine bessere Grundversorgung.

Und ja, er ist entgegen der nicht eindeutigen Übersetzung von „commit“ ins Deutsche, nicht verpflichtend. Das Bundesverfassungsgericht hatte zudem erst kürzlich in seinem Urteil zum Migrationspakt festgehalten: „[...] Der Migrationspakt stellt keinen völkerrechtlichen Vertrag dar. Er ist rechtlich unverbindlich und erzeugt keine unmittelbaren Rechtswirkungen in den unterzeichnenden Staaten. [...] Er enthält lediglich politische Selbstverpflichtungen, deren Nichterfüllung jedoch nicht sanktioniert ist. [...] Einklagbare Rechte werden durch ihn nicht begründet. [...] Diese Ausführungen gelten entsprechend für den parallel hierzu entwickelten Flüchtlingspakt. [...]“

Ich habe dabei keineswegs den Glauben, dass sich Despoten von jetzt auf gleich an den gesamten Pakt halten werden, aber ich bin davon überzeugt, dass sie die Hilfe, die mit diesem Pakt auch verbunden ist, gern annehmen werden. Unter der Verantwortung der UN soll ein Kapazitätsaufbaumechanismus eingerichtet werden, der den Staaten technische, personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt, um migrationspolitische Verwaltungsstrukturen zu stärken und kooperative Ansätze zu fördern. Außerdem ist ein Anschubfonds geplant, durch den Pilotprojekte finanziert und eine frei zugängliche globale Wissensplattform eingerichtet werden sollen. Kostenlose Unterstützung nehmen auch demokratienschwache Staaten einigermaßen gern an. Das kann zu einer stückweisen Umsetzung des Migrationspaktes in vielen Staaten auch außerhalb Europas führen.

Warum soll bei der Arbeitsmigration falsch sein, was beim Klima als unverzichtbar gilt? Internationale, globale Herausforderungen lassen sich nur auf internationaler Ebene bekämpfen, weil Arbeitsmigration als Problem umfassend ist und nicht an konkreten Ländergrenzen halt macht. Der Multilateralismus trägt auch in diesem Fall zur Lösung von Problemen bei – zumindest langfristig.

Wen überrascht es zudem, dass Staaten wie Polen, Tschechien, Österreich, die USA oder Israel gegen diesen Pakt sind? Multilateralismus und die schiere Panik allein beim Aussprechen des Wortes „Migration“ ließen diese Haltungen erwarten. Aber wer berichtet über Belgiens Haltung, dem der Migrationspakt so wichtig ist, dass der Premier lieber die Koalition beendet, als vor Populismus einzuknicken. Oder Estland, das sich nach einer zehrenden parlamentarischen Debatte für den Migrationspakt entschieden hat. Auch Staaten, die Arbeitsmigration heute noch zur Ausbeutung von rechtlosen Menschen benutzen, sind an Bord.

Er ist eine Chance. Denn selbst, wenn der Migrationspakt nicht funktionieren sollte, bietet er für Deutschland keine Verschlechterung zur derzeitigen Lage. Aber was ist, wenn er wirklich funktionieren sollte? Er wahrt die staatliche Souveränität, bekämpft Schleuserkriminalität, unterstützt zwischenstaatliche Koordinierung und stärkt Rechte von Arbeitsmigrant*innen in Entwicklungsländern. Deutschland erfüllt nahezu alle Forderungen des Paktes schon heute aus freien Stücken. Das Fachkräftezuwanderungsgesetz wird in den kommenden Wochen dafür sorgen, dass es auch den letzten Punkt erfüllen wird.

Der Pakt ist ausgewogen, spricht über Herausforderungen und Risiken der Arbeitsmigration (Artikel 9 & 11), stärkt Grundprinzipien wie internationale Kooperation, nationale Souveränität, Rechtsstaatlichkeit sowie nachhaltige Entwicklung. Der Pakt ist das Grundgerüst für eine wirkungsvollere Migrationspolitik, die Deutschland seit Jahren international anmahnt, gefordert und gefördert hat. Ich freue mich, dass Deutschland bei der Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen hilft. ■

2./3. Beratung:

Das „Gute-Kita-Gesetz“

Wir haben in zweiter und dritter Lesung das Gute-Kita-Gesetz beschlossen, mit dem vor allem die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten verbessert werden soll. Dazu gewährt der Bund den Ländern über Umsatzsteuerpunkte bis zum Jahr 2022 insgesamt

5,5 Milliarden Euro. Damit setzt der Bund seine massive Hilfe für Länder und Kommunen für bessere Kindergärten fort: In den letzten 10 Jahren hat der Bund bereits 11 Milliarden Euro in Kitas und ihren Betrieb investiert. Im Gute-Kita-Gesetz wird ein Katalog von Qualitätskriterien genannt wie etwa ein besserer Betreuungsschlüssel, Gewinnung und Sicherung qualifizierter Erzieher oder die Ausweitung der Öffnungszeiten. Jedes Land analysiert die Lage der Kitas und entwickelt in eigener Verantwortung Handlungsfelder und Kriterien, wie die Qualität verbessert werden kann. Zudem sehen wir vor, dass die Elternbeiträge sozialverträglich gestaffelt werden. ■

Klausur der hessischen Landesgruppe:

Zu Besuch im Stasi-Museum

Am Montag begann die Sitzungswoche für mich und meine hessischen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einer Klausur, um sich über die Zusammenarbeit im Allgemeinen auszutauschen sowie die wichtigsten Themen des kommenden Jahres zu besprechen.



Auf Einladung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Roland Jahn, der uns auch am Anfang der Tagung zu einer Führung durch das Museum sowie einen Gedankenaustausch zur Verfügung stand, fand die Klausur auf dem Campus der Demokratie in der ehemaligen Zentrale des MfS in Berlin Lichtenberg statt. Diese überaus bewegenden Eindrücke führten uns einmal mehr bildhaft vor Augen, dass es unser aller immerwährende Aufgabe ist, an das damalige Unrecht zu erinnern und heute dafür zu sorgen, dass Bestrebungen des Totalitarismus – von links und von rechts – in Deutschland nie wieder erfolgreich sein werden. ■



Agentur der EU für Grundrechte:

Antisemitismus in Deutschland nimmt zu

Die Ergebnisse der europaweiten Umfrage „Erfahrung und Wahrnehmung von Antisemitismus. Zweite Erhebung über Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Menschen jüdischen Glaubens in der EU“ der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, die in dieser Woche vorgestellt wurde, legt dar, dass sich die Situation für Jüdinnen und Juden und jüdisches Leben im Allgemeinen in Europa erschwert, da Antisemitismus laut Meinung von 90 Prozent der befragten Jüdinnen und Juden in Europa zunimmt. Jahrzehnte nach dem Holocaust eine alarmierende Aussage.

In Deutschland gaben 89 Prozent der Befragten an, dass Antisemitismus in Deutschland in den vergangenen Jahren zugenommen hat. 2012 sagten das noch 68 Prozent. 41 Prozent der Befragten sind in den vergangenen zwölf Monaten sogar Opfer von Belästigung, die gegen sie als Juden gerichtet war, geworden. 46 Prozent meiden auf Grund von verbreitetem Antisemitismus bestimmte Gegenden, sogar 75 Prozent das Tragen jüdischer Symbole. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030/227-75549

Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de

www.markus-koob.de